

**Stadt Neckarbischofsheim**



# **N I E D E R S C H R I F T**

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

**17. Januar 2012**

im **Feuerwehrhaus** in Neckarbischofsheim

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 20.40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender: Bürgermeister Hans-Joachim **Vogt**

Stadträte: Karin **Bender**, Norbert **Benz**, Edith **Bräumer**, Walter **Freudenberger**, Peter **Haffelder**, Heike **Jacobs**, Hans Peter **Jelinek**, Rüdiger **Knapp**, Thomas **Mayer**, Gerold **Rossel**, Hans **Rossel**, Erhard **Rupprecht**, Steffen **Scherb**

Verwaltung: Hack, Böhm

Es fehlten als unentschuldigt: Georg **Zwölfer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 9. Januar 2012 ordnungsgemäß eingeladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 13. Januar 2012 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

## **01. Zustimmung zur Sitzungsniederschrift vom 14. Dezember 2012**

Bürgermeister Vogt führt aus, dass zu TOP 05e in der Niederschrift der bisherige Beschlussvorschlag der Verwaltung übernommen wurde. Auf Grund der Tischvorlage an den Gemeinderat zu diesem TOP muss der Beschluss aber richtig lauten:

Der Gemeinderat stimmt der Besetzung des Gemeindewahlausschusses wie folgt zu: Vorsitzender BM Hans-Joachim Vogt, Stellv. Vorsitzende Karin Bender, Beisitzer Harry Hack und Hans Peter Jelinek, Stellv. Beisitzer Andrea Dötsch und Rüdiger Knapp.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Sitzungsniederschrift vom 14. Dezember 2011, mit der o.a. Änderung, zu.

**Abstimmung: 14 Ja**

## **02. Haushaltsplan 2012**

### **a) Bericht über die Arbeit der Haushaltsstrukturkommission**

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt aus, dass wenn die Mitglieder des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim noch Klärungsbedarf zu den Ausführungen über die Sitzung der Haushaltsstrukturkommission haben, er diese gerne erläutern wird.

### **b) Beratung über den geänderten Planentwurf**

Bürgermeister Vogt führt zu den geänderten Planzahlen aus, dass Anfang Dezember ein größerer Gewerbesteuermessbescheid bei der Stadtverwaltung eingegangen ist. Die gesetzlichen Vorgaben schreiben vor, dass Bescheide, die erst im neuen Jahr fällig werden, auch im neuen Jahr zu veranschlagen sind. Dadurch erreicht die Gewerbesteuer 2011 nicht ganz den Planansatz. Trotzdem verliefen die Einnahmen bei der Gewerbesteuer 2011, deren Planansatz vom Kommunalrechtsamt beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis auf 600.000,00 € gefordert wurde, einigermaßen zufrieden stellend, obwohl sie derzeit 103.000,00 € unter dem Planansatz liegt. Für das Haushaltsjahr 2012 wurde deshalb der Planansatz bei der Gewerbesteuer auf 750.000,00 € erhöht, was sich mit den aktuellen Sollzahlen deckt. Bürgermeister Vogt hofft, dass die wirtschaftliche Entwicklung, die im Haushaltsjahr 2011 gut gelaufen ist, nicht abschwächt, so dass bei der Gewerbesteuer 2012 keine Reduzierung erfolgt. Durch die Erhöhung der Gewerbesteuer erhöht sich die Zuführungsrate vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt auf 514.200,00 €.

Im Vermögenshaushalt wurde die Errichtung einer Lagerhalle für die Holzhackschnitzel in Höhe von 250.000,00 € eingeplant. Des Weiteren mussten für Brandschutzmaßnahmen im Gebäude II des Adolf-Schmitthener-Gymnasiums 100.000,00 € eingestellt werden. Diese Mittel werden notwendig, da bei einer Brandverhütungsschau festgestellt wurde, dass in diesem Gebäude ein 2. Fluchtweg notwendig ist. Grund hierfür ist die Länge des Flures, der nach den Vorschriften des Brandschutzes einen weiteren Flutweg notwendig macht. Deshalb soll im Haushaltsjahr 2012 eine Außentreppe an der ehemaligen Landwirtschaftsschule errichtet werden. Bürgermeister Vogt unterstreicht, dass die eingestellten Mittel lediglich eine Schätzung der Verwaltung sind. Genauere Zahlen werden dem Gemeinderat zeitnah vorgelegt. Der zuständige Architekt wurde beauftragt, die Kostenschätzung bis Ende Januar 2012 der Verwaltung vorzulegen, damit zum 1. Februar 2012 (Antragsfrist) der Antrag auf Zuschussung beim Ausgleichsstock (Regierungspräsidium Karlsruhe) gestellt werden kann.

Für den städtischen Bauhof werden ein größerer Anhänger (20.000,00 €), sowie weitere Arbeitsgeräte (Rasenmäher, Motorsense – 3.500,00 €) benötigt. Außerdem wurden für den Sitzungssaal im ehemaligen Rathaus 5.000,00 € für eine neue Möblierung eingestellt.

Durch die erhöhte Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt ist es auch möglich, den Fehlbetrag aus dem Haushaltsjahr 2010 in Höhe von 64.000,00 € abzudecken. Dieser Betrag wurde eingestellt, da die Verwaltung zur Zeit noch nicht abschätzen kann, ob auch im Haushaltsjahr 2011 ein Fehlbetrag entsteht. Normalerweise hätte die Stadt Neckarbischofsheim noch ein Jahr Zeit, den Fehlbetrag aus dem Jahr 2010 abzudecken, verschafft sich aber mit der eingeplanten Abdeckung 2012 ein weiteres Jahr Luft, für einen eventuellen Fehlbetrag aus dem Haushaltsjahr 2011.

Durch die erhöhten Gewerbesteuereinnahmen kann des Weiteren die geplante Kreditaufnahme von bisher 245.000,00 € auf 208.000,00 € reduziert werden.

Zur geplanten Holzhackschnitzel-Lagerhalle führt Bürgermeister Vogt aus, dass das eigene Material, ca. 600 bis 800 Schütt-Kubikmeter/jährlich, bisher in einer Halle im Steinbruch Helmhof zur Trocknung gelagert, anschließend mit Material vom Sägewerk Mayer vermischt und dann in der Heizzentrale im Schulzentrum verbrannt wurde. Dieses Lager ist nunmehr der Stadt Neckarbischofsheim verloren gegangen, da es anderweitig vermietet wurde. Im Übrigen wurde während des milden Wetters in den Schulferien die Heizung mit eigenem, trocken Material befeuert.

Die Kosten für die Hackschnitzel werden von Bürgermeister Vogt mit 25,00 €/m<sup>3</sup> für Fremdmaterial beziffert. Das eigene Material, das im Jahresverlauf auf der Gemarkung anfällt, wird von der Verwaltung, incl. Transport durch den städtischen Bauhof, auf 12,00 €/m<sup>3</sup> veranschlagt.

Die neue Lagerhalle am Adolf-Schmitthenner-Gymnasium, die neben dem Tartanplatz errichtet werden soll, hat eine Größe von 25 m x 15 m und ermöglicht eine Lagerung von zirka 1.000 m<sup>3</sup> Holzhackschnitzel. Durch die höhere Kapazität kann beispielsweise bereits im Sommer Material vom Sägewerk Mayer zu günstigen Konditionen angekauft, dort gelagert und getrocknet werden. Für die Halle incl. Zufahrt wird die Verwaltung Zuschussmittel in Höhe von 70% = 175.000,00 € beim Ausgleichstock beantragen, so dass die Eigenmittel der Stadt Neckarbischofsheim 75.000,00 € betragen. Die Refinanzierung soll über Einsparungen durch die Verwendung der eigenen Holzhackschnitzel erfolgen, die Bürgermeister Vogt auf ca. 25.000,00 €/jährlich beziffert. Somit amortisiert sich die Errichtung der Lagerhalle bereits innerhalb von drei Jahren. Ohne den Zuschuss vom Ausgleichstock ist die Lagerhalle in zehn Jahren finanziert, was ebenfalls noch eine akzeptable Amortisationszeit bedeutet. Bürgermeister Vogt verweist auf die riesigen Öltanks, die damals im Adolf-Schmitthenner-Gymnasium eingebaut wurde, um günstig Öl zu ordern. Diese Zeiten sind vorbei und verlangen andere Maßnahmen. Für Bürgermeister Vogt ist es wirtschaftlicher, mit dem eigenen Holz die Heizzentrale zu befeuern, da auch im Forst jährlich Brennmaterial anfällt, das auf relativ günstige Weise bezogen werden kann.

Nachdem der Zuschuss aus dem Ausgleichstock für die Errichtung der Lagerhalle notwendig ist, jedoch der Antragstermin mit dem 1. Februar 2012 nicht weit weg ist, schlägt Bürgermeister Vogt vor, sollte sich der Gemeinderat einig sein, die Maßnahme im Haushalt 2012 aufzunehmen, dem Ausgleichstock zu signalisieren, dass der Antrag erst in der Herbstsitzung zur Entscheidung aufgenommen wird. Zuvor haben andere Maßnahmen (Obere Turmstraße, Brandschutzmaßnahmen) größere Prioritäten, die in der Sommersitzung abgehandelt werden sollen. Durch diese Vorgehensweise bleibt der Stadt Neckarbischofsheim ausreichend Zeit, die Errichtung der Lagerhalle zu planen und eventuell für das nächste Jahr die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Lagerhalle mit in die Planungen aufzunehmen. Dieser wirtschaftliche Aspekt sollte nicht aus den Augen verloren werden.

Stadtrat Walter Freudenberger fragt nach, weshalb die Stadt Neckarbischofsheim die Lagerhalle im Steinbruch nicht mehr nutzen kann und stellt fest, dass eigenes Gelände vorhanden ist, um eine neue Lagerhalle dort zu errichten.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass die Lagerhalle, die bisher von der Stadt Neckarbischofsheim angemietet war an die Fa. Ilzhöfer verpachtet wurde. Eine Genehmigung zur Errichtung einer Lagerhalle auf dem städtischen Grundstück scheidet aus, da in unmittelbarer Nähe gesprengt werden kann. Außerdem müssten die Holzhackschnitzel weiterhin von Helmhof nach Neckarbischofsheim verbracht werden, was wiederum Kosten verursacht. In der neuen Lagerhalle am Schulzentrum ist nur noch eine Person mit einem Radlader notwendig, der die Heizzentrale mit Material bestückt.

Stadtrat Gerold Rossel bittet um Auskunft, unter welcher Finanzposition die Aufwendungen für die Touristikbahn im Krebsbachtal verbucht sind. Bürgermeister Vogt teilt mit, dass im Moment die Touristikbahn die städtischen Finanzen nicht belastet. Der Verkehr wurde durch das Land Baden-Württemberg bestellt und wird aus den allgemeinen ÖPNV-Mitteln bezahlt. Die Stadt Neckarbischofsheim hat in der Vergangenheit lediglich Arbeitsstunden durch den städtischen Bauhof geleistet, bspw. durch das Mähen der Bahnhöfe oder das Anbringen der Fahrplankästen. Die geplanten Mittel für die Infrastrukturmaßnahmen wurden bisher ebenfalls nicht benötigt. Auch im Haushaltsjahr 2012 wird die Krebsbachtalbahn die Stadt Neckarbischofsheim nichts kosten.

Stadtrat Peter Haffelder verweist im Zusammenhang auf die geplante Lagerhalle für Holzhackschnitzel auf das Gelände der Straßenmeisterei Neckarbischofsheim in der Waibstadter Straße. Er fragt nach, ob die Straßenmeisterei weitere 20 Jahre bestehen wird, oder ob es stimmt, dass die Abteilung des Landkreises in die AVR übernommen wird.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass es schon Diskussionen über eine Verlegung der Straßenmeisterei in Neckarbischofsheim gegeben hat, allerdings dies im Kreistag nicht mehr besprochen wurde. Letzter Stand war, dass eine Verlegung zu lange Wege ergeben würde, so dass die Beschäftigten mehr Zeit auf der Straße verbringen, als dass sie dort arbeiten könnten. Mit dem Abteilungsleiter der Straßenmeisterei hat Bürgermeister Vogt ebenfalls wegen dem Salzlager gesprochen. Derzeit hat die Stadt Neckarbischofsheim noch zirka 50 Tonnen Streusalz dort eingelagert, so dass dieses noch abgefahren werden kann. Auf Grund des milden Wetters geht Bürgermeister Vogt davon aus, dass die Stadt Neckarbischofsheim auch noch im nächsten Jahr das Salzlager in der Straßenmeisterei nutzen kann. Mit dem Landrat des Rhein-Neckar-Kreises wird Bürgermeister Vogt ebenfalls noch ein Gespräch führen. Hier soll vor allem die finanzielle Hilfe des Landkreises für die Stadt Neckarbischofsheim angesprochen werden, denn solange das Salzlager in der Straßenmeisterei genutzt wird, muss die Stadt Neckarbischofsheim kein neues Salzlager auf der Gemarkung errichten. Auf die Nachfrage von Stadtrat Haffelder, wenn Neckarbischofsheim eine neue Lagerhalle errichtet und dann doch die Flächen und Gebäude der Straßenmeisterei irgendwann zur Verfügung stehen erklärt Bürgermeister Vogt, dass dies in naher Zukunft nicht absehbar ist. Auch den genauen Grund, den Stadtrat Haffelder wissen möchte, weshalb Neckarbischofsheim dort kein Salz mehr lagern soll, beantwortet Bürgermeister Vogt damit, dass vermehrt Anfragen von umliegenden Kommunen an die Straßenmeisterei herangetragen wurden, ihr Salz über die Straßenmeisterei zu beziehen. Nachdem die Stadt Neckarbischofsheim dort ihr Salz lagern konnte, spielt auch ein wenig Neid der Kommunen bei den Anfragen mit.

Stadtrat Thomas Mayer teilt mit, dass er mit dem früheren Leiter der Straßenmeisterei, Matthias Knörzer, wegen dem Neubau eines Salzsilos für zirka 40.000,00 € gesprochen hat. Herr Knörzer konnte die Argumentation der Stadt Neckarbischofsheim nachvollziehen, aber nicht akzeptieren. Denn wenn andere Kommunen ihr Salz auch in der Straßenmeisterei in Neckarbischofsheim lagern können die Mitarbeiter nicht kontrollieren, wer das Salz entnommen hat. Nachdem derzeit bis zu vier Stammkunden, die den Bereich um Neckarbischofsheim abdecken, dort ihr Salzlager haben, wird Neckarbischofsheim weiterhin als Standort der Straßenmeisterei garantiert sein.

Stadtrat Hans Peter Jelinek ist der Meinung, mit dem Neubau der Lagerhalle für die Holzhackschnitzel abzuwarten, bis die Angelegenheit mit dem Salzlager geklärt ist. Nach einem Gespräch mit Bauhofleiter Walter Fickel ist dieser nämlich der Meinung, dass in der neuen Lagerhalle auch das Salz gelagert werden soll.

Stadtrat Hans Rossel führt aus, dass wenn die Stadt Neckarbischofsheim das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium an einen anderen Träger übergibt, dann das Salzlager wieder in anderen Händen, bspw. beim Landkreis ist.

Bürgermeister Vogt erläutert, dass kein Salz in die Lagerhalle für Holzhackschnitzel integriert werden soll. Diese Angelegenheit ist vom Tisch. Die Verwaltung favorisiert derzeit die Schüttlösung, wobei durch die große Menge an Salz, die noch bei der Straßenmeisterei lagert und verwendet werden kann, genügend Luft ist, um nach geeigneten Lösungen zu suchen. Die Lagerung von Salz in der angesprochenen Tabakscheune ist wegen der eingeschränkten Durchfahrtshöhe und der großen Blockfundamente sehr problematisch. Sollte eine Schüttlagerung nicht möglich sein, müsste demnach die Silolagerung angegangen werden.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, wie die Finanzierung der Lagerhalle für die Holzhackschnitzel aussieht, wenn der Ausgleichstock keinen oder nur einen geringeren Zuschuss, bspw. 60 oder 50 Prozent, gibt. Des Weiteren möchte sie wissen, welche Übergangslösung die Verwaltung hat, wenn die Lagerhalle nicht in diesem Jahr gebaut wird.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass der städtische Bauhof in diesem Jahr die anfallenden Holzhackschnitzel auf einer städtischen Fläche lagern und mit Planen abdecken wird. Allerdings stellt dies keine Dauerlösung dar, da es vor allem beim Aufladen zu Problemen kommen wird. Im Moment steht keine Halle zur Verfügung, in der die Lagerung der Holzhackschnitzel erfolgen könnte.

Stadtrat Norbert Benz könnte sich den Bau einer Lagerhalle am Wendehammer beim Sportplatz in Neckarbischofsheim vorstellen. Bürgermeister Vogt findet diese Lösung ungeeignet und spricht sich dafür aus, die neue Lagermöglichkeit aus wirtschaftlichen Gründen in der Nähe der Heizzentrale zu errichten.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, ob im ehemaligen Reitter-Gelände Lagermöglichkeiten bestehen. Hierzu führt Bürgermeister Vogt aus, dass die dortigen Hallen nicht die benötigte Mindesthöhe von 4,50 m aufweisen. Unter dieser Höhe ist eine Lagerung nicht möglich, da das Material auch abgekippt werden muss. Die Verwaltung beschäftigt sich im Übrigen mit der Thematik schon lange, so dass hier keine „Ad-Hoc-Entscheidung“ getroffen werden soll. Er stimmt zu, dass der Gemeinderat sich durch die heutige Diskussion „überfahren“ fühlt. Die Errichtung der Lagerhalle lässt sich sicherlich noch ein Jahr aufschieben, allerdings geht Bürgermeister Vogt davon aus, dass mit der vorgestellten Variation, den Antrag beim Ausgleichstock zur Herbstsitzung einzureichen, bereits Anfang nächstes Jahr die Maßnahme begonnen werden kann.

Stadtrat Hans Peter Jelinek spricht sich dafür aus, einen Beschluss mit der Option dahingehend zu fassen, dass abgewartet wird, wie der Ausgleichstock über den städtischen Zuschussantrag entscheidet. Danach wird über die Angelegenheit erneut beraten. Stadtrat Hans Rossel ergänzt, dass durch die Bereitstellung der Mittel im Haushaltsplan 2012 noch keine Bauverpflichtung ausgesprochen wird. Bürgermeister Vogt nimmt den Vorschlag von Stadtrat Jelinek auf und wird den Zuschussantrag an den Ausgleichstock zur Herbstsitzung einreichen, so dass für den Gemeinderat noch ausreichend Zeit verbleibt, um sich mit der Thematik eingehend zu beschäftigen.

Stadträtin Karin Bender stellt zu den geplanten Personaländerungen fest, dass in der Haushaltsstrukturkommission besprochen wurde, dass der städtische Bauhofleiter ausarbeitet, welche Pflegemaßnahmen nicht mehr durchgeführt werden können, wenn der Mitarbeiterbestand um eine Person reduziert wird. Die vorgesehene Umsetzung des städtischen Mitarbeiters Günter Wenger soll ja ohnehin erst zum Ende des Jahres erfolgen.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass die Verwaltung hier noch in der Bringschuld ist, wobei die Umsetzung bereits zu Mitte des Jahres erfolgen wird, bzw. bereits im Mai 2012. Die Ausarbeitung des städtischen Bauhofleiters sollte dann vorab in der Haushaltsstrukturkommission beraten werden.

Stadtrat Hans Peter Jelinek spricht sich dafür aus, die Angelegenheit im Gemeinderat zu diskutieren.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, ob die Verringerung der Stunden im Sekretariat der Grundschule bereits ab Januar 2012 erfolgen können, nachdem es sich hier nur noch um eine „Grundschule“ handelt. Die vorgesehenen Personaländerungen würden erst zum neuen Schuljahr 2012/2013 greifen, was ihrer Meinung nach zu spät ist.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass die Verwaltung bereits eine „kalte Stundenreduzierung“ vorgenommen hat, indem die Schulsekretärin Marina Steck mehrfach Tätigkeiten in der Verwaltung wahrgenommen hat. So wurde diese zur Vorbereitung des Neujahrsempfangs für eine Woche in das Rathaus beordert. Ab September 2012 wird Frau Steck ohnehin ganz in das Rathaus wechseln, um von Frau Kiermeier bis zu deren Ausscheiden eingearbeitet werden zu können.

Stadträtin Bender stellt fest, dass die Reduzierung von fünf Wochenstunden auf den Monat gesehen auch viel Zeit ist und verweist hierzu auf den anstehenden Beratungspunkt in der nichtöffentlichen Sitzung bzgl. einer Weiterbeschäftigung einer Beschäftigten. Sie ist der Ansicht, dass Frau Steck in die vorgesehene Tätigkeit mit einbezogen wird.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass er eine Faustregel entwickelt hat, wie viele Stunden die Verwaltung dem Schulsekretariat der Grundschule noch zur Verfügung stellt. Umliegende Schulen haben teilweise gar keine Sekretärinnen bzw. verfahren nach der gleichen Formel. Sollte der Gemeinderat die Notwendigkeit der Sekretärinnenstelle sehen, müsste noch im ersten Halbjahr die Stellenausschreibung vorgenommen werden.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, was beim Termin mit dem beauftragten Architekten bezüglich des Kindergartens besprochen wurde.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass der Verwaltung noch keine Informationen vorliegen, der Gemeinderat aber darüber unterrichtet wird, wenn die Unterlagen eingetroffen sind.

Stadträtin Karin Bender bittet um Auskunft, wie es mit der eingestürzten Mauer am Schlosspark entlang des Krebsbachs weitergeht, und ob die Sanierungsmaßnahme im Rahmen des Landessanierungsprogramms bezuschusst wird.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass die Stadt Neckarbischofsheim Möglichkeiten hat, das LSP zu nutzen, so dass die Maßnahme entspannter angegangen werden kann. Die Sanierung der Böschung entlang des Krebsbachs beim Anwesen Walter Ernst wurde ebenfalls mit dem Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis abgestimmt. Hier ist ein Fundament auf die Länge der eingestürzten Stelle auszuheben und dann mit Blocksteinen neu aufzusetzen. Durch die Maßnahme wird das Bachbett des Krebsbaches in diesem Bereich um zirka 0,70 m eingengt. Vor September 2012 kann die Maßnahme jedoch nicht begonnen werden, da dieser Monat meist den geringsten Wasserstand aufzuweisen hat. Ein Einsatz mit einem Bagger und langem Greifarm ist ebenfalls möglich. Auf jeden Fall muss vor Beginn der Arbeiten die Arbeitsstelle wasserdicht gemacht werden.

Stadtrat Erhard Rupprecht fragt nach, weshalb die Maßnahme nicht schon früher begonnen werden kann. Bürgermeister Vogt führt aus, dass die Arbeiten wegen eventuell auftretenden Gewitterregen in den Frühjahrs- und Sommermonaten nicht durchführbar sind. Im Übrigen kann die Sanierungsmaßnahme noch geschoben werden, da die Fußgänger in zirka 100 Meter Entfernung die Möglichkeit haben, über die dort vorhandene Brücke über den Krebsbach auf den Fußweg zu gelangen.

Stadtrat Thomas Mayer bittet um Auskunft, ob es durch die Beschädigung der Böschung statische Probleme am Nachbarhaus gegeben hat. Dies wird von Bürgermeister Vogt verneint, nachdem die Angelegenheit überprüft wurde.

Stadtrat Walter Freudenberger fragt nach, ob die Stützmauer nicht ganz aus Beton erstellt werden kann. Dies wird von Bürgermeister Vogt verneint, da hier das Wasserwirtschaftsamt nicht mitmacht. Das Amt fordert, die Mauer mit steinigem Material aufzubauen.

Stadträtin Bender fragt nach, ob nicht bereits in den nächsten Tagen die Möglichkeit besteht, die Maßnahme durchzuführen. Hierzu teilt Bürgermeister Vogt mit, dass die Stadt Neckarbischofsheim keine Firma wüsste, die so schnell die Sanierungsarbeiten durchführt.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm führt aus, dass die Sanierung der Böschung nicht im Sanierungsgebiet „Von-Hindenburg-Straße“ liegt, da das Plangebiet zirka zehn Meter vorher aufhört. Vom Gemeinderat wurde zwar der Bereich des Schlossparks mit in das LSP aufgenommen, allerdings müsste man dann das Plangebiet so großzügig auslegen, dass auch die Zuwegung zum Schlosspark hierunter fällt. Die Verwaltung wird sich darum bemühen, über den Sanierungsträger die Maßnahme in das LSP aufzunehmen.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, ob die veranschlagten Mittel für Abriss der ehemaligen Zahnarztpraxis im Haushalt 2012 ausreichen, nachdem ja auch in der nichtöffentlichen Sitzung noch über einen Zuschussantrag zu diskutieren ist.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass im Haushaltsjahr 2011 keine Mittel für das Sanierungsgebiet eingeplant waren. Die derzeit eingestellten Mittel werden für beide Maßnahmen sicherlich nicht ausreichen, so dass im Wege eines Nachtrags diese zu finanzieren sind.

Stadtrat Gerold Rossel bittet um Auskunft, ob es einen bestimmten Grund gibt, dass in diesem Jahr die ehemalige Zahnarztpraxis abzureißen ist.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass im letzten Jahr keine Mittel zur Verfügung standen, um den Abriss vorzunehmen. Nachdem zum Ende dieses Jahres das LSP ausläuft hat die Stadt Neckarbischofsheim einen Verlängerungsantrag gestellt, wobei die Verwaltung davon ausgeht, dass diesem zugestimmt wird. Theoretisch ist es aber möglich, dass das LSP zum Ende des Jahres endet. Dann müssen die erhaltenen Mittel für den Ankauf zurückgezahlt werden, da die beantragte Abrissmaßnahme nicht durchgeführt wurde.

Stadtrat Erhard Rupprecht fragt nach, ob mit dem bisherigen Schlepper der „Deutz“ gemeint ist. Bürgermeister Vogt führt aus, dass für den „Deutz“ eine Ersatzbeschaffung (großer Anhänger) notwendig ist.

Stadtrat Peter Haffelder stellt fest, dass in der Vorlage zu diesem TOP kein Termin für die Sanierung der Biegelhofstraße vorgesehen ist.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass im Vermögenshaushalt zunächst der 3. Bauabschnitt in der Oberen Turmstraße fertig gestellt werden soll, weshalb hier die Mittel gebunden sind.

Der Gemeinderat kann jedoch darüber diskutieren, die Sanierung der Biegelhofstraße vorzuziehen. Jedoch ist hier zunächst der Kanal zu sanieren, bevor die Straßendecke aufgebracht wird. Da der Kanal in der Biegelhofstraße nicht so tief liegt, wird die Maßnahme sicherlich nicht sehr teuer werden, muss aber zunächst finanziert werden.

Stadträtin Edith Bräumer fragt nach, wie weit die Planungen zur Sanierung der Weinbergstraße fortgeschritten sind.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass das beauftragte Ingenieurbüro Martin (Reichartshausen) derzeit noch mit den Untersuchungen und Planungen beschäftigt ist. Allerdings haben sich die Untersuchungen ausgeweitet, da zusätzlich noch eine Schmutzfrachtberechnung vom Abwasserzweckverband Schwarzbachtal wegen der vorhandenen Rückhaltebecken mit beauftragt wurde. Auf Grund von Unstimmigkeiten bei den Wassermengen und dem vorhandenen kanaltechnischen Aufwand (in diesem Bereich laufen fünf Stränge zusammen) dauern die Planungen noch an. In der nächsten Gemeinderatssitzung kann die Verwaltung zu den Sanierungsmaßnahmen hoffentlich mehr sagen. Im Übrigen ist der Straßenbau dann leicht geplant.

Stadträtin Karin Bender fragt an, ob auf Grund der Anregungen von Stadtrat Norbert Benz im letzten Jahr, eine Überprüfung der städtischen Versicherungen vorgenommen wurden.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass der Versicherer der Stadt Neckarbischofsheim der Badische Gemeindeversicherungsverband (BGV) ist. Die Einschaltung eines Versicherungsmaklers wird der Stadt Neckarbischofsheim nicht viel nutzen, da der BGV auch im privaten Bereich unschlagbar günstige Konditionen vorhält. Im Übrigen werden durch den BGV zahlreiche Kommunale Risiken versichert. Die Verwaltung hat eine Zusammenstellung über die derzeitigen Versicherungen gemacht, wobei die meisten Beiträge für die Gebäudeversicherungen (16.470,92 €) aufzuwenden sind. Die Schüler-Unfallversicherung kostet die Stadt Neckarbischofsheim jährlich 15.807,88 €. Haftpflichtversicherungen (12.478,88 €) und Unfallversicherungen (12.371,56 €) decken die Risiken der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr und der Mitglieder des Gemeinderats mit ab. Weitere Versicherungen bestehen im Bereich Eigenschadenversicherung (5.405,73 €), Elektronikversicherung (2.313,71 €), Umweltschadenversicherung (723,52 €), Waldbrandversicherung (340,09 €), Schlüsselverlustversicherung (278,69 €) und verschiedene Sachversicherungen (Inventar – 2.113,84 €). Bereits vor vielen Jahren wurden die Glasversicherungen und Leitungswasserversicherungen gekündigt, um Prämien einzusparen. Gerade bei der Leitungswasserversicherung werden die Prämien an das Alter der Leitungen angeknüpft. So konnte der Leitungswasserschaden an der Grundschule im letzten Jahr durch die eingesparten Prämien beseitigt werden. Die Risiken bei der Glasversicherung sind ebenfalls abwägbar, weitere Versicherungen für die Stadt Neckarbischofsheim sind nicht notwendig. Stadtrat Norbert Benz verweist auf die Zahlung von doppelten Versicherungsprämien, die das Unternehmen seiner Familie wegen aufgestellten Öltanks entrichten musste. Aus diesem Grunde wollte er die Versicherungen überprüft haben, um doppelte Versicherungen, bspw. im Adolf-Schmitthenner-Gymnasium, auszuschließen.

Bürgermeister Vogt weist darauf hin, dass die Versicherungen für das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium nach dem Abschluss der Baumaßnahmen auf den neuesten Stand gebracht wurden. Im Übrigen hat der Leiter der Zentralstelle Harry Hack jährlich einen Termin mit dem Beauftragten des BGV, um die Versicherungen an die städtischen Bedürfnisse anzugleichen.

Stadträtin Karin Bender möchte wissen, ob sich die Stadt Neckarbischofsheim weiterhin den Kultursommer, die Kerwe und die russische Partnerschaft leisten möchte.

Bürgermeister Vogt erwidert hier ein eindeutiges „Ja“.

Stadträtin Karin Bender richtet die gleiche Frage an die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats.

Stadtrat Norbert Benz führt aus, dass wenn die Stadt Neckarbischofsheim größere Sparmaßnahmen vornehmen muss, die Mittel zu streichen sind. Nachdem im Haushalt 2012 jedoch mehr Mittel vorhanden sind, kann sich die Stadt die Ausgaben leisten, auch wenn sie weh tun.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass andere Maßnahmen, die durchgeführt werden müssen, der Stadt mehr weh tun als der Neckarbischofsheimer Sommer, wie er derzeit abgewickelt wird. So finanzieren sich die Aufführungen durch die Badische Landesbühne selbst, bzw. fallen bei schlechtem Wetter aus. Weitere Veranstaltungen werden von der Kellerwirtin Anne Kerbe oder dem Förderverein „PRO Neckarbischofsheim“ durchgeführt.

Lediglich das Feuerwerk zur Kerwe kostet zirka 3.000,00 €. Außerdem werden Leistungen durch die städtischen Mitarbeiter bei der Vor- und Nachbereitung der Festlichkeiten verrichtet. Für den Kunsthandwerkermarkt im Schlosspark muss die Stadtverwaltung ebenfalls keine Mittel aufwenden, wobei sich die Bürger bereits mit dieser Veranstaltung identifizieren, die zur Kerwe einfach schon dazugehört. Somit handelt es sich bei den beiden Veranstaltungen, Neckarbischofsheimer Sommer und Kerwe, um nichts Luxuriöses, das die Stadt Neckarbischofsheim der Bevölkerung gönnt.

Stadträtin Edith Bräumer führt aus, dass der Kunsthandwerkermarkt sehr gut ankommt. Jedoch könnten die Kosten für das Feuerwerk auf die Hälfte reduziert werden, wobei auch Sponsoren für das Feuerwerk gewonnen werden sollten.

Bürgermeister Vogt erwidert, dass er einer Reduzierung der Kosten für das Feuerwerk nicht zustimmen kann, dann würde er es lieber lassen. Sponsorengelder hat die Stadt Neckarbischofsheim bisher immer wieder zum Altstadtfest erhalten.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm teilt mit, dass er beim letzten Feuerwerk von einem örtlichen Unternehmer wegen der Kosten angefragt wurde und Montags darauf eine Spende dafür der Stadt Neckarbischofsheim übermittelte. Auch die auswärtigen Gäste, die sich das Feuerwerk angesehen haben bemerkten, dass sich dieses nicht hinter dem Feuerwerk in Heidelberg verstecken braucht. Im Übrigen ist zu hinterfragen, was Neckarbischofsheim in den letzten Jahren seiner Bevölkerung geboten hat. Viele Kommunen haben das wenige bereits für sich selbst abgekupfert.

Stadtrat Norbert Benz nimmt Bezug auf das heikle Thema Stadthalle und stellt fest, dass für diese jährliche Betriebskosten in Höhe von 15.000,00 € anfallen. Nachdem das LSP zum Ende des Jahres wohl ausläuft, und der Stadt Neckarbischofsheim weder das Geld zur Sanierung noch zum Abriss hat sollte nun endlich die Entscheidung getroffen werden, was mit dem Gebäude passiert. Lassen wir die Stadthalle so stehen, reißen wir sie ab oder verkaufen wir das Grundstück im Gesamten, stellt er zur Diskussion in die Ratsrunde.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass ihn das Thema Stadthalle in seiner achtjährigen Amtszeit ständig begleitet hat. Deshalb kann ihm kein Mitglied im Gemeinderat den Vorwurf machen, dass er nicht alles versucht hat, um hier eine Lösung zu finden, oder zumindest einen Kompromiss zustande zu bringen. Nachdem seine Bemühungen bisher nicht gefruchtet haben, bittet er diesen Punkt mit dem neuen Bürgermeister zu diskutieren. Im letzten Jahr hatte er einen letzten Anlauf unternommen, um eine Sanierung des Gebäudes zu erreichen, die jedoch keine Mehrheit gefunden hat. Für ihn ist deshalb diese Diskussion beendet. Fakt ist, dass das LSP nur wegen der Sanierung oder dem Neubau der Stadthalle überhaupt bewilligt wurde. Leider hat er es in seiner Amtszeit als Bürgermeister der Stadt Neckarbischofsheim nicht zustande gebracht, dieses Problem zu lösen.

Stadträtin Edith Bräumer fragt nach, ob eine Verlängerung des LSP wegen der Stadthalle möglich ist. Sie ist weiterhin vehement dafür, dass die Stadthalle verbleibt.

Auf die Anfrage von Stadträtin Bräumer erwidert Bürgermeister Vogt, dass der Antrag gestellt ist und es auch gute Argumente für die Verlängerung gibt. Allerdings kann es theoretisch passieren, dass der Zuschussgeber das Ende auf den 31.12.2012 festlegt.

Für Stadtrat Peter Haffelder kommt nur ein Abriss der Stadthalle, die mit Mitteln aus dem LSP gefördert wird als Lösung in Frage. Dadurch kann die Stadt Neckarbischofsheim die jährlichen Betriebskosten in Höhe von 19.000,00 € einsparen.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass diese Meinung auch nicht die Mehrheit im Gemeinderat widerspiegelt.

Stadtrat Rüdiger Knapp bittet um Auskunft, welche Kosten mit dem Betriebskostenzuschuss abgedeckt werden.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass der Gemeinderat hierüber jährlich informiert wurde, wird aber die vom Leiter der Zentralstelle angefertigte Aufstellung der Kosten noch an den Gemeinderat verteilen.

Stadträtin Edith Bräumer fragt nach, ob die Stadthalle kostengünstiger betrieben werden könnte, wenn die Stadt Neckarbischofsheim dies wieder selbst in die Hand nimmt. Stadtrat Norbert Benz ergänzt, dass die Stadt hierfür schon genügend Geld ausgegeben hat.

Bürgermeister Vogt erklärt, dass die Stadt Neckarbischofsheim durch die Übernahme der Stadthalle durch die Naturfreunde von dieser Arbeit freigestellt ist. Im Übrigen haben die Naturfreunde für den Zuschuss, den sie in den letzten Jahren von der Stadt Neckarbischofsheim erhalten haben sehr viel geleistet.



Stadtrat Hans Peter Jelinek bemerkt, dass wenn ein Investor die Fläche haben möchte, auch ein Abriss des Gebäudes für diesen kein Probleme darstellt, insbesondere auch dann nicht, wenn das LSP bis dahin nicht mehr greift.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm stellt klar, dass die Stadthalle den Gemeinderat noch in diesem Jahr verfolgen wird. Durch die vorgesehene Sanierung der Stadthalle wurden der Stadt Neckarbischofsheim 500.000,00 € mehr Zuschussmittel gewährt. Hinter diesen Mitteln stehen Maßnahmen, die für die Aufnahme in das LSP wichtig waren. Deshalb muss noch in diesem Jahr ein Konzept erarbeitet werden, um die Angelegenheit in den Jahren 2013 bis 2014 durchzuziehen. Sollten keine Maßnahmen an der Stadthalle erfolgen, muss die Stadt Neckarbischofsheim Zuschussmittel zurückgeben.

Stadträtin Karin Bender bemerkt, dass die Stadthalle sicherlich wieder ein Thema bei der nächsten Klausurtagung sein wird.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt nach erfolgter Diskussion des Haushaltsplanentwurfs 2012 den durch die Verwaltung vorgelegten Änderungen zu. Der Beschluss über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2012 soll in der nächsten öffentlichen Gemeinderatssitzung am Dienstag, 14. Februar 2012 erfolgen.

**Abstimmung: 14 Ja**

### **03. Bekanntgaben**

#### Jahreshauptversammlung Abteilungswehr Untergimpern

Den Mitgliedern des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim wird in Kopie die Einladung zur Jahreshauptversammlung der Abteilungswehr Untergimpern ausgeteilt, die am Samstag, 11. Februar 2012 um 20 Uhr im Feuerwehrhaus in Untergimpern stattfindet.

#### Jahreshauptversammlung Singverein Neckarbischofsheim

Bürgermeister Vogt lädt die Mitglieder des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim zur Jahreshauptversammlung des Singverein Neckarbischofsheim am Samstag, 4. Februar 2012 um 20 Uhr in den Proberaum in der ehemaligen Landwirtschaftsschule ein.

#### 20 Jahre deutsch-russische Partnerstadt

In diesem Jahr feiern die Städte Neckarbischofsheim und Pereslavl-Salesskij das 20-jährige Partnerschaftsjubiläum. Zur Zeit steht die Verwaltung mit den russischen Freunden in Verhandlung, wie das Jubiläum in der russischen Partnerstadt gefeiert wird. Der Termin der offiziellen Veranstaltung wurde auf Dienstag, 12. Juni 2012 bereits festgelegt. Bürgermeister Vogt bittet die beiden Fraktionen, jeweils zwei Vertreter zu benennen, die an den Feierlichkeiten in Pereslavl-Salesskij teilnehmen.

#### Baumfällung im Schlosspark

Durch den städtischen Bauhofleiter Walter Fickel und den Revierleiter Tobias Dörre wurden die Bäume im Schlosspark überprüft. Hierbei wurde festgestellt, dass zwei Bäume auf Grund von Baumaßnahmen beschädigt wurden. Ein weiterer Baum wurde durch Blitzeinschlag beschädigt. Der städtische Bauhof wird an nächster Stelle für die zu fällenden Bäume Ersatzpflanzungen vornehmen.

#### Terminabsprache für Ortstermin

Mit den Fraktionsvorsitzenden der beiden Gemeinderatsfraktionen wird nach Ende der öffentlichen Sitzung ein Ortstermin vereinbart, um einen Bauantrag für die anstehende Sitzung des Ausschusses für Technik, Natur und Umwelt, die am Dienstag, 24. Januar 2012 stattfindet, zu beraten.

### **04. Anfragen des Gemeinderats**

Stadtrat Gerold Rossel führt aus, dass er kürzlich mit einem Bekannten, in dessen Gemeinde bereits die gesplittete Abwassergebühr eingeführt wurde, gesprochen hat und der ihm mitteilte, dass die Abwassergebühren deutlich angestiegen sind.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass er wegen der Aussagen zur Abwassergebühr bisher vorsichtig agiert hat, da zwei Dinge auseinander zu halten sind. Zum einen ist dies die relativ moderate Gebühr, die wegen der Fremdwasserbeseitigung bei vielen Kommunen bereits kalkuliert wurde. Die Stadt Neckarbischofsheim wird aber wegen der Sanierung der Kläranlage wohl eine höhere Abwassergebühr festsetzen müssen.

Eine neue Gebührenkalkulation konnte aber wegen der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr noch nicht durchgeführt werden, da die derzeitige Abwassersatzung im Bereich der Gebühren nichtig ist. Auch wenn die derzeitigen Rahmenbedingungen gleich geblieben wären, müsste durch die Fertigstellung der Sanierungsmaßnahme in der Kläranlage die Abwassergebühr erhöht werden. Sicherlich wird es durch die gesplittete Abwassergebühr Gewinner und Verlierer geben. Verlierer sind insbesondere die landwirtschaftlichen Flächen Innerorts, die in den Kanal entwässern. Neben den Kirchengemeinden, in deren Kirchen bisher kein oder wenig Wasser verbraucht wurde, aber große Dach- und Freiflächen aufweisen, werden auch die Kommunen für ihre Schulzentren höhere Abwassergebühren zu entrichten haben.

Stadtrat Walter Freudenberger fragt an, was mit dem „Schandfleck“ oberhalb der Getränkefirma Stegili & Schmidt in der Waibstadter Straße erfolgt.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass es sich hier um ein Privatanwesen handelt, wobei von Seiten der Stadt Neckarbischofsheim keine Auflagen möglich sind. Außerdem wird durch das Anwesen der öffentliche Verkehr nicht gefährdet.

Stadträtin Edith Bräumer fragt nach, wann mit der Fertigstellung des neuen Sozialgebäudes im städtischen Bauhof gerechnet werden kann.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass die Beschäftigten des städtischen Bauhofs den Innenausbau bereits angegangen sind. Demnächst werden auch die Fliesenarbeiten ausgeführt. Das Sozialgebäude im städtischen Bauhof will Bürgermeister Vogt noch einweihen, bevor er Ende Juli 2012 aus seinem Amt ausscheidet.

## **05. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten**

Es erfolgen keine Wortmeldungen der anwesenden Zuhörer.

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen: